

Die Konferenz in Stockholm.

Ein Memorandum der bosnischen Sozialdemokratie zur südslavischen Frage.

Stockholm, 22. Juli.

Das holländisch-skandinavische Comité veröffentlicht folgende Erklärung der Abordnung der sozialdemokratischen Partei Bosniens und der Herzegowina:

Der Weltkrieg, der in einigen Tagen das dritte Jahr vollenden wird, hat alle moralischen und materiellen Werte der menschlichen Zivilisation aufs Spiel gesetzt. Als politische Vertreterin der klassenbewußten proletarischen Massen war die Sozialdemokratie die einzige Partei, die vor dem Kriege eine antikriegsgerichtliche Aktion geführt hat. Die Optimisten hofften, daß sie den Weltkrieg verhüten werde. Diese Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt, weil einige Sektionen der Internationale im kritischen Moment versagt haben. Wenn die Sozialdemokratie aus verschiedenen Ursachen den Weltkrieg zu verhindern nicht imstande war, ist jetzt die Zeit gekommen, das Ende des Krieges, wenn auch spät, aber doch nicht zu spät, mit gemeinsamer Kraft vorzubereiten. Um dieses große Ziel zu erreichen, betrachten wir folgende Vorbedingung als notwendig: Die Delegierten der einzelnen Parteien müssen unbedingt den jetzigen oder zukünftigen Kriegserfolg ihres Staates nicht in Rechnung ziehen. Ebenso dürfen sie ihre Rechnung nicht auf die jetzigen oder zukünftigen finanziellen oder wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Staaten stellen. Als Grundlage für die Verhandlungen über die internationale Lage müssen die Delegierten unbedingt die Völker (Nationen) betrachten und nicht die Staaten.

Als Formel für die Beilegung des jetzigen Weltstreites schlagen wir folgendes vor:

1. Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen (was Herstellung nicht ausschließt).

2. Wiederherstellung Belgiens auf Kosten des Kriegführenden und finanzielle Hilfe für Serbien seitens aller Kriegführenden Mächte.

3. Internationalisierung der Meerengen und Meerwege.

4. Kein wirtschaftlicher Krieg nach dem jetzigen militärischen Kriege.

5. Die Kolonien mit Kulturbewölkerung sollen das Selbstbestimmungsrecht bekommen, aber kein anderes Land darf von anderem Kolonialbesitz ausgeschlossen werden.

Um in Zukunft Weltkriege wie den jetzigen unmöglich zu machen, schlagen wir folgendes vor:

6. Abschaffung der stehenden Heere und Einführung einer rein defensiven Miliz.

7. Festlegung der grundsätzlichen demokratischen Prinzipien in allen Staaten: a) gleiches, direktes, geheimes und proportionales Wahlrecht für beide Geschlechter für alle gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften; b) strenge Verantwortung der Regierungen vor den Parlamenten und breitesten Kompetenzen dieser Körperschaften; c) Veröffentlichung aller diplomatischen Dokumente.

8. Einführung der Schiedsgerichte für die vorkommenden internationalen Streitigkeiten.

Sollte zwischen Staaten dennoch ein Konflikt ausbrechen, so sollte nur ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zulässig sein, der Krieg aber erst nach einiger Zeit (sechs Monate) erklärt werden dürfen.

9. Periodische Zusammenkunft der Delegierten aller Weltparlamente.

Um den kleinen und wirtschaftlich unentwickelten Staaten die Entwicklung und wahre Selbständigkeit zu ermöglichen, schlagen wir folgendes vor:

10. Föderation aller derjenigen Staaten, die nebeneinander leben und die keine Möglichkeit haben, sich allein zu entwickeln.

11. Die einkaufene Konferenz kann unserer Ansicht nach unter folgenden Bedingungen zu einem Ergebnis führen:

12. Alle oben angegebenen Punkte müssen in der diplomatischen Friedenskonferenz behandelt werden:

13. Jede Partei soll die Regierung ihres eigenen Landes für die Beschlüsse der Konferenz gewinnen.

14. Wenn die Delegierten einer Partei die Konferenzbeschlüsse für ihre Partei nicht als bindend betrachten, dann soll die Frage dieser Verbindlichkeit dem Kongreß der betreffenden Partei zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Für die sozialdemokratische Partei Bosniens und der Herzegowina:

F. Maric, Vizepräsident.